

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neuenbürger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 223

Donnerstag den 24. September 1931

89. Jahrgang

Die Deutsche Volkspartei gegen Brüning

Hamburg, 23. Sept. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei stellt mit: Die heutige Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei nahm die Berichte der eingereichten Sachverständigen über die Fragen des öffentlichen Haushalts, der Geld- und Währungspolitik, der Hauszinssteuer und des gesamten Lohnwesens entgegen. Das Ergebnis wird für weitere Verhandlungen der Fraktion mit der Reichsregierung und sonstigen politischen Stellen die gegebene Unterlage sein. Aufgrund eines Berichtes des Fraktionsvorsitzenden über seine Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister über die erlassenen und geplanten Maßnahmen der Reichsregierung und über die gesamte politische Lage fand eine eingehende politische Aussprache statt. Die Fraktion verzeigte mit großer Sorge und mit lebhaftem Interesse, daß die Reichsregierung gegenüber einer mit jedem Tage gefährlicher werdenden Gesamtlage sich zu durchgreifenden Entscheidungen noch nicht hat entschließen können und daß die bisher veröffentlichten Maßnahmen einen unverkennbar mangelhaften Charakter tragen.

Dingeldey zur Stellung der Volkspartei-Fraktion zum Kabinett Brüning

Hamburg, 23. Sept. In dem bereits gemeldeten Communiqué über die Hamburger Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei gab der Vorsitzende Dingeldey heute Abend vor Vertretern der Presse einige Erläuterungen. Er schiedte voran, daß es nicht die Absicht der Fraktion gewesen sei, eine programmatische Kundgebung hinausgeben zu lassen. Er vertritt nicht, daß man von einem besonderen Vertrauen zur Reichsregierung bei der volksparteilichen Fraktion nicht gerade sprechen könne. Bei ihr herrsche vielmehr der Eindruck vor, daß der entschlossene Wille zur wirksamen Führung, auf den das Volk angesichts der eigenen Unzufriedenheit den drohenden Gefahren des Winters gegenüber einen Anspruch habe, bis jetzt nicht zu wanken sei. Die beiden Hauptfragen der Gegenwart seien eine durchgreifende Reform der Hauszinssteuer und eine Auflockerung des Zwangsangebots in der gesamten Wirtschaft. In diesen beiden Richtungen sehe die Fraktion bis jetzt keinerlei Anzeichen bei der Reichsregierung. Gegenüber den bisher veröffentlichten Maßnahmen habe die Fraktion das Gefühl, daß sie nicht lediglich durch sachliche Überlegungen, sondern auch durch Rücksichten auf sozialdemokratische Wünsche diktiert worden seien.

Dingeldey betonte, daß von der Entscheidung der Fraktion die Chancen der deutschen Reichsregierung abhängig sei. Das verpflichtete die Fraktion außerordentlich, verpflichtete sie jedoch

auch dazu, alle anderen Möglichkeiten durch unmittelbare Verhandlungen zu erkunden. Daß er, Dingeldey, sich seinerzeit mit Müller besprochen habe, sei nur eine Selbstverständlichkeit gewesen. Diese Gespräche müßten fortgesetzt werden mit dem Ziel, nach allen Richtungen hin eine absolute Klärung zu schaffen. Im Augenblick könne er nur sagen, daß der Grundton der gegenwärtigen Einstellung der Fraktion zum Kabinett Brüning äußerste Skepsis sei. In der Frage des Verbleibens des Reichsaussenministers Dr. Curtius im Amt sei die Reichstagsfraktion weder Dr. Curtius noch dem Reichsfinanzminister gegenüber irgendwie aktiv geworden. Er lehne es ab, irgendwelche Aktionen gegenüber dem Reichsfinanzminister in Angelegenheiten eines Fraktionsmitgliedes zu unternehmen. Persönlich habe er dem Reichsaussenminister gegenüber ganz offen seine Meinung über dessen politische Situation gesagt, aber lediglich mit dem Ziel, daß Dr. Curtius auf diese Aussprache die Entschlüsse bestehen könne, die er verantworten zu können glaube. Es erscheine ihm übrigens nicht gerade sehr rühmlich, den Initiator der deutsch-österreichischen Rollunion, nachdem sie einen anderen als den erhofften Ausgang genommen habe, zu schmäheln. Er nehme an, daß der morgige Empfang des Reichsaussenministers beim Reichspräsidenten eine Klärung bringen werde.

Chefbesprechung in der Reichsanzlei

Berlin, 23. Sept. Wie wir erfahren, findet heute Abend in der Reichsanzlei eine Chefbesprechung statt, die das Wirtschaftsprogramm soweit fördern soll, daß das Reichskabinett sich morgen den ganzen Tag über mit ihm beschäftigen kann. Man rechnet damit, daß eine Reihe der wichtigsten Pläne in diesen morgigen Beratungen bereits zum Abschluß gebracht werden können, so z. B. das Kleinrentenprogramm. Hierfür ist eine Doppelvorlage ausgearbeitet worden. Es wird sich morgen entscheiden, ob die Gesamtheit in diesen Plan hineingezogen werden oder ob er auf das neue Projekt der Gemischt-wirtschaftlichen Siedlung beschränkt bleiben soll. Außerdem werden in den morgigen Kabinettsberatungen u. a. auch die Probleme behandelt werden, die in den letzten Wochen im Reichsarbeitsministerium besonders eingehend verfolgt worden sind. In unterrichteten Kreisen glaubt man jedoch nicht, daß das Kabinett morgen bereits mit all diesen Dingen fertig werden wird. Es gilt als feststehend, daß die außenpolitischen Fragen morgen noch nicht zur Sprache kommen werden. Es ist möglich, daß Dr. Curtius dem Kabinett am Freitag Bericht erstatten wird.

Französisches Kapital — deutsche Arbeit

Paris, 23. Sept. Das Programm der Reise Lavals und Briands nach Berlin ist nunmehr endgültig festgesetzt. Als die Ursache dieses Besuchs kann man bezeichnen: „Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen“ oder auch: „Französisches Kapital — Deutsche Arbeit“. Die Möglichkeit einer derartigen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, die einen Einfluß französisches Kapital in deutsche Unternehmungen bedeuten würde, soll vorerst von einer Kommission höherer Weihen beider Länder beprobt werden, denen wirtschaftliche Berater von Fall zu Fall beigegeben werden sollen. Man zeigt sich hier über die Möglichkeit einer derartigen Zusammenarbeit und über das mögliche endgültige Ergebnis der Beratungen durchaus optimistisch. Ob und was Deutschland dabei aus zu gewinnen hat, ob es „Zusammenarbeit“ wird oder ein „Linderungsmaß“ — das wird man wissen, wenn die Karten erst einmal aufgedeckt werden.

Französisches Kapital — deutsche Arbeit

Genf, 23. Sept. Der französische Finanzminister Lalandin hat heute nachmittag im Wirtschaftsausschuß der Währungsvereinsammlung eine großangelegte Rede, in der er den Hauptpunkt der französischen Regierung darlegte. Als Ursache der Krise deutete Lalandin die Inflation der Budgets, die Überproduktion und den übermäßigen Verbrauch und die Kreditinflation. Niemals hätten die Regierungen und die Wähler sich theoretisch mehr für eine größere Solidarität ausgesprochen, niemals hätten sie auch nationalistische Gedankenspiele geübt. Jedes Land in der gegenwärtigen Krise eine Lösung, die seinen egoistischen Interessen am geeignetsten sei. Wenn man von Sicherheit spreche, meine man die eigene Sicherheit, wenn man von Abklärung rede, so denke man an die Abklärung der anderen. Man fordere die Befreiung der internationalen Schulden als wesentliche Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise und man habe dabei besonders die politischen Schulden im Auge. Mehrere derjenigen Länder, deren Wohlwollen ins Schwanken geraten sei, seien durch die internationale Finanzregelung überhaupt nicht belastet.

Aber auch dasjenige Land, das die Hauptlast getragen habe, hat während mehrerer Jahre sich einer unbestreitbaren Überbürdung seines Geldwesens erfreut und selbst in einer Zeit, als seine äußeren Schulden es viel mehr belasteten als heute. Die Untersuchungen der Baseler Sachverständigen haben gezeigt, daß die jüngste Krise in Deutschland ihren Ursprung in

der Zurückziehung der kurzfristigen Kredite habe. Das Transferproblem wäre niemals akut geworden, wenn die Gläubigerländer direkt oder indirekt eingewilligt hätten, die Zahlungen des Schuldners durch die Handels- oder Zahlungsbilanz auszugleichen. Frankreich hat nicht nur für die Zahlung seiner Forderungen von Deutschland weitgehende Sachleistungen angenommen, sondern auch zugegeben, daß seine Handelsbilanz mit Deutschland in den letzten Jahren die Reparationszahlungen ausgeglichen hat.

Lalandin sprach sodann über die Kreditfrage. Bevor man nach neuen Krediten rufe, erklärte er, sollte man dafür sorgen, daß die bestehenden Kredite anfruchtbar werden. Die Verlängerung der kurzfristigen Kredite müsse begleitet sein von energiegelichen langfristigen Anstrengungen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich über 40 bzw. 20 Prozent des Weltgoldbestandes verfügen. Ich habe es nicht nötig, die Behauptung zurückzuweisen, daß die Vermehrung des Goldbestandes in Frankreich mit den deutschen Reparationszahlungen zusammenhängt.

Die progressive Wiederherstellung des freien Warenverkehrs und des freien Kapitalverkehrs ist nur durch gemeinsame Anstrengungen und durch internationales Denken möglich. Es ist die Pflicht der reichen Länder, denjenigen Ländern zu Hilfe zu kommen, die Kapital benötigen. Das wieder erwachende Vertrauen wird aber nur langsam die Barrieren beseitigen, die sich absperrend vor die Kredite gelegt haben. Wenn man von uns verlangt, daß wir in einem internationalen Rahmen große Finanzoperationen organisieren und sogar garantieren sollen, wozu wir bereit sind, so muß man alle Schleusen des Friedens öffnen. Wir wollen uns aber nicht der müßigen Hoffnung hingeben, daß die gegenwärtige Generation, die die Lasten des Krieges und die Verwirrung der Nachkriegszeit zu tragen hat, den vollen Wohlstand und ein leichtes Leben lernen werden.

Der Empfang Lavals und Briands

Berlin, 23. Sept. Zum Empfang der französischen Staatsmänner sind alle Vorbereitungen getroffen. Reichsfinanzminister Brüning und Außenminister Curtius werden am Sonntag früh Laval und Briand am Bahnhof erwarten. Die französischen Staatsmänner werden als Gäste der deutschen Regierung im Hotel Adlon wohnen, das sehr praktisch für sie gegenüber der französischen Botschaft liegt.

Die Unterhaltungen werden diesmal bereits mehr den Charakter von Verhandlungen tragen, was schon daraus hervorgeht, daß Laval und Briand von einigen Ministerialbeamten unter Führung des Unterstaatssekretärs Verhelot auf ihrer Berliner Reise begleitet werden.

Vom Finanzausschuß des Landtags

Stuttgart, 23. Sept. Der Finanzausschuß des Landtags behandelte heute eine Reihe von Eingaben und Anträge. Ein Antrag Dögel und Bauer (K.P.) verlangt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß eine Verbesserung der Aufwertungsgegebung nach verschiedener Richtung erfolge. Justizminister Dr. Beyerle gab auf eine in der Debatte gestellte Anfrage über die Höhe der Wertsumme von Renteinnahmen von Ausländern, die in Inflationszeiten Häuser gekauft haben, in der Richtung eine Antwort, daß in Württemberg in den Jahren 1922-24 eine Statistik aufgemacht wurde über den Verkauf von Grundstücken an Ausländer, um unter Umständen einen gesetzgeberischen Akt zur Verhütung der Uebervermehrung des Grundbesitzes durch Ausländer vorzubereiten. Die Aufzeichnung der Fälle damals hatte jedoch das Ergebnis, daß man einen besonderen Gesetzgebungsschritt nicht für notwendig hielt. In dem Antrag der Volkspartei äußerte sich der Justizminister dahin, daß die württembergische Regierung sich in den Jahren, wo es sich darum handelte, die Aufwertungsgegebung zu schaffen, oder Verbesserungen eintreten zu lassen, bemüht habe, einen gerechteren Zug in die Gesetzgebung hineinzubringen, namentlich in der Richtung der individuellen Aufwertung. Auch später noch habe die württembergische Regierung Anträge in dieser Richtung beim Reichsjustizministerium gestellt und vertreten. Aber alle diese Bemühungen der württembergischen Regierung seien vom Reich abgelehnt worden. Die Verwirklichung der jetzt schon geltenden Aufwertungsgegebung mache sowieso schon Schwierigkeiten genug, um wieviel mehr würde unser ganzes Kreditwesen in Schwierigkeiten kommen, wenn wir jetzt in diesem Zeitpunkt weitere Aufwertungsvereinfachungen begründen wollten. So sehr er als Justizminister vom Standpunkt der Justiz aus die Aufwertungsgegebung bedauere, müsse er vom wirtschaftlichen Standpunkt aus von dem Gedanken der Abgeschlossenheit eines Problems im Staatswesen aus den Gedanken vertreten, daß keine Aussicht bestehe, durch Annahme des Antrags Dögel etwas Kennenswertes zu erreichen. In ähnlichem Sinne sprachen sich auch die Vertreter der meisten Parteien aus. Der Antrag Dögel wurde darauf mit allen Stimmen gegen 3 (Ja K.P., Komm., U.S.D.) abgelehnt. Ein Eventualantrag Bauer, bei der Reichsregierung in dem Sinne vorstellig zu werden, daß ein Sachverständigenausschuß einberufen werde zur Prüfung der Frage, ob und welche Zusammenhänge zwischen der Aufwertungsgegebung und der derzeitigen Wirtschafts- und Finanznot bestehen, wurde ebenfalls abgelehnt. Ebenso abgelehnt wurden weitere Anträge des Abg. Bauer (K.P.) betreffend Verabschiedung des Verwaltungskostenbeitrags bei den Doppelbankenbanken. Vom Berichterstatter wurde darauf hingewiesen, daß über diesen Antrag bereits früher im Landtag entschieden worden sei, indem das Staatsministerium ersucht wurde, durch Verhandlungen mit den Doppelbankenbanken eine Regelung im Sinne des Antrags Bauer zu erwirken. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß in der Richtung auch erfolgreiche Schritte in Württemberg unternommen worden seien. So beschäftige sich der Antrag Bauer mit Dingen, die für Württemberg gar nicht aktuell seien. Außerdem wird aber vom Reichsjustizministerium zurzeit die Frage allgemein in der Richtung des Antrags geprüft. So kam der Ausschluß ebenfalls zu einer Ablehnung des Antrags. Ein weiterer Antrag Bauer, daß Zahlungen von Bauparlern aus Bauparlverträgen bis zur Höhe von 50 RM jährlich in derselben Weise von der Einkommensteuer abgezogen werden dürfen, wie dies für Prämien von Lebensversicherungen vorgesehen ist, wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Stuttgart, 23. Sept. Der Finanzausschuß des Landtags setzte heute seine Beratungen fort. In Beginn der Sitzung machte Staatspräsident Dr. Volz vertrauliche Mitteilungen über die Sparmaßnahmen auf 1. Oktober ds. J., die im Wege einer Rechtsverordnung in Württemberg durchgeführt werden sollen. Dabei trübe Finanzminister Dr. Dehlinger mit, daß das Defizit im württ. Staatshaushalt nunmehr 12 bis 15 Millionen Reichsmark betrage. Bei den Sparmaßnahmen handele es sich in der Hauptsache um Gehaltskürzungen und allgemeine beamtetenrechtliche Maßnahmen.

Die erste württembergische Rechtsverordnung wird, wie wir erfahren, erst in der nächsten Woche von der Regierung erlassen werden. Der Finanzausschuß des Landtags wird in einer Sitzung am Freitag nachmittag endgültig zu den Vorschlägen der Regierung Stellung nehmen. Gekütern vormittag hat die württembergische Regierung die Vertreter der Beamtenorganisationen empfangen und sie über den Inhalt der beschlossenen Rechtsverordnung unterrichtet.

Keine Einberufung des württ. Landtags

Stuttgart, 23. Sept. Auf den Antrag der kommunistischen Landtagsgruppe, das Plenum des württembergischen Landtags einzuberufen, um zu den kommunistischen Anträgen auf staatliche Hilfe für die unvettergeschädigten Kleinbauern und Klein-gewerbetreibenden Stellung zu nehmen, hat H. Südd. Arb.-Zeitung" das Landtagspräsidium geantwortet, daß nach einer Anfrage bei den anderen Fraktionen dem Verlangen nicht Rechnung getragen werden könne. Der Abg. Schmelz (Komm.) hat darauf folgenden neuen Antrag eingebracht, und dessen sofortige Veratung im Finanzausschuß verlangt: Der Landtag wolle beschließen, das Finanzministerium zu beauftragen, die wegen Steuerrückständen in verschiedenen Gebieten des Landes angeklagten Finanzamtverwaltungen mit sofortiger Wirkung bei allen Klein- und Mittelbauern, Klein-gewerbetreibenden und Kleinhandlern einzustellen. Die Steuer-rückstände sind niederzuschlagen.

